WP-01-K1-233

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Sebastian Wormsbächer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 232 bis 234 einfügen:
unterstützen, in denen Wissenschaft, Gesellschaft und die Wirtschaft gemeinsam an innovativen Lösungen arbeiten. Für einen erfolgreichen Strukturwandel werden Job-to-Job-Qualifikationen durch Transformationsfonds gefördert. Dazu gehören Transformationsnetzwerke zwischen Betrieben, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen sowie finanzielle Unterstützung für betriebliche Weiterbildung. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) wird speziell zur Verwaltungsvereinfachung und zur Reduzierung der Bürokratie in Transformationsprozessen priorisiert. Die Bundesagentur für Sprunginnovationen (SPRIND) fördert Innovationen nicht klassisch durch Förderprogramme, sondern

Begründung

Gewerkschaftsgrün beantragt die Änderungen, weil der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel eine stärkere Verknüpfung von Forschung, Innovation und Arbeitnehmer*innenrechten erfordert. Der Fokus auf eine nachhaltige und sozial gerechte Transformation der Wirtschaft wird in der vorliegenden Formulierung nicht ausreichend abgebildet.
Insbesondere muss der Bezug zu den Beschäftigten in den Innovations- und Transformationsprozessen gestärkt werden, um sicherzustellen, dass neue Technologien wie Künstliche Intelligenz nicht nur Bürokratie abbauen, sondern auch zur Schaffung und Sicherung guter Arbeit beitragen. Transformationsnetzwerke zwischen Betrieben, Gewerkschaften und Bildungseinrichtungen sind essenziell, doch fehlt die konkrete Verpflichtung, diese mit ausreichend Mitteln auszustatten und ihre Wirkung regelmäßig zu evaluieren.
Zudem ist die Bemessungsgrundlage der Forschungszulage breiter auszugestalten, um neben großen Unternehmen insbesondere kleine und mittlere Betriebe sowie Start-ups zu fördern, die oft Schlüsselrollen in der Entwicklung regionaler Innovationsökosysteme einnehmen. Nur durch eine sozial und ökologisch ausgerichtete Forschungspolitik, die Arbeitnehmer*innen aktiv einbezieht, können langfristig sichere Jobs und eine starke Wirtschaft gewährleistet werden.

weitere Antragsteller*innen

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Simon Dylla (KV Wiesbaden); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Lisa-Marie Friede (KV Köln); Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Hermann E. Ott (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Siegfried Heim (KV Ulm); Bernhard Fütterer (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Johanna Martens (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Tonka Wojahn (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Katharina Philippsen-Schmidt (KV Köln); Clemens Rostock (KV Oberhavel); Florian Imbt (KV Braunschweig); Jan Snoor Andersen (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Özgül Altunkas-Raichle (KV Esslingen); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Peter Kallusek (KV Südliche

Weinstraße); Gilbert Kalb (KV Köln); Christian Masser (KV Südliche Weinstraße); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.